

**Ergebnisprotokoll
der 4. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 03.12.2015**

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 16.15 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Crueger
Frau Schiemann
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Schwarz

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Janßen

FDP-Fraktion

Herr Buchholz in Vertretung für Herrn
Schomaker

II Verwaltung

Herr Dr. Sünnemann
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Rüpke
Herr Polzin
Frau Urban
Herr Viering
Frau Kamp
Herr Musiol
Frau Gerken
Herr Eickhoff
Herr Runge
Herr Imholze
Herr Dr. Viebrock-Heinken
Herr Kurz
Herr Koldehofe
Frau Pieper
Herr Donaubaue

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

ASV
BBN

III Gäste

IV Gastdeputierte

Frau Sprehe
Herr Strohmann
Herr Scharf
Herr Saxe
Herr Bücking
Frau Bernhard

SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
CDU-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen
Die Linke

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 4. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Es gibt folgende Nachträge zur Tagesordnung:

TOP 5a) Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen, Verfahrensvorschlag der Senatorin für Finanzen

TOP 5b) Einsparung SUBV zur Auflösung der globalen konsumtiven und investiven Minderausgabe gemäß Senatsbeschluss vom 10. November 2015 – dazu liegt eine **Neufassung als Tischvorlage** vor.

TOP 12d) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen“, „Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Ortsgesetzes über den Umweltbetrieb Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen (BremUmBOG) liegt ebenfalls als **Tischvorlage** aus.

Vertagt werden:

TOP 4 Neufassung der Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten und

TOP 8 Förderung des Projektes ‚umwelt unternehmen‘.

Herr Pohlmann kündigt eine **Sondersitzung der Deputation am 17.12.2015, 14:00 Uhr im Ansgaritorsaal** an.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: -Protokoll 19/3 der Sitzung am 05.11.2015 -Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 05.11.2015)	L/S
-------	--	------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Auf Nachfrage von **Herrn Imhoff** sagt **Herr Dr. Sünemann** zu, den Bericht „Entwicklung der Fahrgastzahlen der Linie 4“ in der Sitzung im Januar vorzulegen.

Frau Bernhard bezieht sich auf Ziffer 26 der Liste „Sexistische, diskriminierende und frauenfeindliche Werbung vermeiden“ und stellt fest, dass SUBV nach Auskunft der ZGF hierzu federführend sei.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Neufassung der Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten - 18 -	Vorlage 19/64	L/S
--------------	--	------------------	-----

-vertagt-

TOP 5	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 09. Monat 2015 -12-	Vorlage 19/77	L/S
--------------	---	------------------	-----

Frau Rüpke erläutert die Inhalte der Vorlage.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt Kenntnis.

NACH-TRAG TOP 5a	Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen, Verfahrensvorschlag der Senatorin für Finanzen -1-	Vorlage 19/86	L/S
-------------------------	--	------------------	-----

Frau Rüpke erläutert das vorgeschlagene Verfahren. Auf Rückfrage von **Herrn Janßen** erklärt sie, dass die Mittel im Liquiditätsmanagement auf Außerhaushaltskonten bei der Senatorin für Finanzen verwaltet würden, um sicher zu stellen, dass sie erst dann den Sondervermögen zugewiesen werden, wenn sie dort gebraucht werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Ermächtigung des Ressorts gemäß dem Verfahrensvorschlag zur Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen zu.

Einstimmig

NACH-TRAG TOP 5b	Einsparung SUBV zur Auflösung der globalen konsumtiven und investiven Minderausgabe gemäß Senatsbeschluss vom 10. November 2015 -1-	Vorlage 19/87	L/S
-------------------------	---	------------------	-----

Herr Janßen fragt nach dem Zusammenhang der Einsparung durch Minderabrufe bei den Sondervermögen. Die Mittel könnten ins nächste Jahr übertragen werden und würden in den Sondervermögen weiter benötigt.

Frau Rüpke führt aus, dass die Zuweisung an das Sondervermögen im Zusammenhang mit Grundstücksankäufen stehe. Hierfür würde auf vorhandene Rücklagen zurückgegriffen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Einsparpositionen zur Auflösung des anteiligen Kürzungsbetrages SUBV an der globalen konsumtiven Minderausgabe zur Kenntnis.

TOP 6	Anpassung der bremischen Vollzugsvorschriften zur EnEV und zum EEWärmeG -2-	Vorlage 19/71
-------	---	------------------

Herr Dr. Viebrock-Heinken gibt die wesentlichen Regelungen des Entwurfs wieder.

Herr Imhoff fragt, ob die Regelungen über Bundesvorgaben hinausgehen.

Herr Hamann möchte wissen, wie die Stichproben ausgewählt werden und wie man auf ein Alter von 68 Jahren komme, mit dem die Anerkennung als Sachverständiger erlösche.

Herr Schwarz stellt fest, dass die veranschlagten 10.000 € für Prüfungen lediglich für rund 84 Stunden ausreichen würden. Damit sei eine ordnungsgemäße Prüfung von Energieausweisen, insbesondere vor Ort, kaum möglich.

Herr Strohmam will wissen, ob Stichproben nur jeweils in der Bauphase oder auch später stattfinden könnten.

Herr Buchholz thematisiert die engen Vorgaben für Sachverständige. Er fragt, weshalb nicht qualifizierte Handwerksmeister oder beispielsweise Schornsteinfeger zugelassen würden.

Herr Dr. Viebrock-Heinken führt aus, dass die materiellen Anforderungen im Gesetz nicht über Bundesgesetze hinausgehen. Den Umfang der Prüfungen festzulegen, sei jedoch Landesaufgabe. Der Vollzug sei landesrechtlich und daher in den Ländern in unterschiedlicher Weise geregelt. Das Verfahren zur Erhebung von Stichproben aus Baugenehmigten sei in einem Vermerk festgelegt. Man bekomme monatliche Listen der jeweils erteilten Baugenehmigungen von den Bauämtern. Diese würden um Vorhaben bereinigt, die nicht ENEV-relevant seien und aus den verbleibenden Stichproben in einer fortlaufenden Liste gezogen. Die Stichproben würden so früh wie möglich durchgeführt, um Überprüfungen im Rahmen der Bauphase zu ermöglichen.

Die Festlegung von einem Höchstalter von 68 Jahren bei Sachverständigen sei auch bisher so geregelt gewesen und decke sich mit entsprechenden Regelungen in vergleichbaren Verfahren.

Die veranschlagten Kosten seien nur für die Stichproben von Energieausweisen für Bestandsgebäude vorgesehen, die vom DIBt zugewiesen würden. Nach den Erfahrungen reichten die veranschlagten Mittel hierfür aus.

Herr Schwarz bezweifelt dies.

Herr Pohlmann möchte wissen, ob es im Beteiligungsverfahren Einvernehmen gegeben habe.

Herr Dr. Viebrock-Heinken berichtet, dass die in Bremen ansässigen Verbände keine Bedenken hatten. Die Bedenken des BFW seien in der Anlage dargestellt und konnten ausgeräumt werden. Es kam auch dort die Frage auf, warum nicht Handwerksmeister in den Kreis der Sachverständigen aufgenommen werden könnten. Dazu werde in der Anlage zur Anhörung ausgeführt, dass Handwerksmeister zwar hochqualifiziert in ihrem Gewerk seien, es aber gerade um eine gewerkeübergreifende Überprüfung gehe. Es werde überlegt, die Sachverständigen der DENA gleichzustellen, die eine ähnliche Prüfung für die Förderprogramme der KfW durchführe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem Verordnungsentwurf zu und bittet um Weiterleitung an den Senat

Einstimmig

TOP 7	EFRE-Programm Land Bremen 2007-2013: Abschlussbericht und Evaluation des Projektes ,initiative umwelt unternehmen‘ - 20 -	BdV schriftlich
-------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8	Förderung des Projektes ,umwelt unternehmen‘ -2-	Vorlage 19/83
-------	---	------------------

-vertagt-

TOP 9	EFRE-Programm Land Bremen 2007-2013 Förderung des Auf- und Ausbaus des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Hier : Sachstandsbericht über den Erfolg der Förderungen des IWES und Finanzierung der Mehrkosten für die Erstellung eines Hallen- und eines Labor- und Büroneubaus für das CWMT Bremerhaven und des Baues Prüfstand/Antriebsstrang (Gondelprüfstand DynaLab) -2-	Vorlage 19/36
-------	---	------------------

Die Vorlage wurde im Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit im Umlaufverfahren beschlossen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der Finanzierung der Mehrkosten mit einem Anteil in Höhe von 203.343,90 Euro mit Jahresraten in Höhe von 67.781,30 Euro für die Jahre 2016 bis 2018 zu.

Zustimmung bei Enthaltung der CDU

TOP 10	Fortschreibung des Umsetzungsstandes zum Generalplan Küstenschutz Controllingbericht -3-	Vorlage 18/81
--------	---	------------------

Frau Neumeyer möchte wissen, weshalb eine Beteiligung am EU- Finanzierungsinstrument EFRE und damit die Förderung der Deichaufbaumaßnahmen mit EU- Mitteln in der neuen Strukturförderperiode nicht gelungen sei.

Herr Musiol erklärt, dass im Bereich Küstenschutz bereits Mittel aus dem ELER- Programm der EU genutzt würden. Hauptfinanzierungsquelle seien GAK- Mittel.

Auf Rückfrage von **Frau Bernhard** ergänzt er, dass grundsätzlich die Möglichkeit gegeben war, einen Teil des Küstenschutzes über EFRE zu finanzieren. Diese Option wurde mit Blick auf

weitere Antragsteller und vor dem Hintergrund, dass mit ELER und GAK andere Finanzierungsquellen zur Verfügung standen, nicht genutzt.

Herr Buchholz bittet um Erläuterung der erheblichen Mehrkosten aufgrund von neuen Planungserkenntnissen im Bereich der BWK in Blumenthal.

Herr Koldehove führt aus, dass im letzten Controllingbericht aus dem Jahr 2011 davon ausgegangen worden sei, dass die Kaje im Bereich der BWK nur erhöht werden müsse. Danach sei bei genaueren Untersuchungen festgestellt worden, dass die Kaje jedoch nicht mehr standsicher sei. Die Wiederherstellung der Standsicherheit führe zu den benannten erheblichen Mehrkosten. Diese Erkenntnis habe sich im Rahmen der Detailuntersuchung ergeben und war nicht vorhersehbar.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Vorlage zu und nimmt die anliegende Senatsvorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten, um dort die Erhöhung der valutierenden Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 41,47 Mio. € für die Jahre 2018 bis einschl. 2020 zu beantragen. Die Abdeckung soll dabei wie unter „Lösung“ dargestellt erfolgen.

Einstimmig

TOP 11	Förderprogramm Ökologische Regenwasserwirtschaft Verlängerung der Förderung von Maßnahmen zu Dachbegrünungen, Nutzung von Brauchwasser, Entsiegelungen und Versickerung von Regenwasser im Land Bremen - 33-	Vorlage 19/41
--------	---	------------------

Herr Pohlmann berichtet, dass es dazu weiteren Abstimmungs- und Beratungsbedarf gibt und die Vorlage deshalb bis zur Sondersitzung vertagt wird.

-vertagt-

TOP 12	Berichte der Verwaltung	
TOP 12a)	Bewertung der Ergebnisse des Dialogforums Schiene Nord aus Bremer Sicht - 52 -	BdV schriftlich

Herr Polzin stellt die wesentlichen Inhalte des Berichtes dar.

Herr Saxe begrüßt den erzielten Erfolg. Er möchte wissen, ob der Ausbau der EVB Strecke sicher umgesetzt werde oder noch verhandelt werden müsse. Kapazitätsengpässe im Knoten Bremen bedeuteten, dass es künftig nicht weniger Verkehr geben werde, der durch den Knoten Bremen hindurchfahre. Es sei zwar gewünscht, dass mehr Güter mit der umweltfreundlichen Bahn transportiert würden. Aber es müsse auch Ziel sein, dass die Anwohner zukünftig weniger Lärm erleiden müssen.

Herr Hamann fragt, ob das ETCS¹ im Zusammenhang mit der Erhöhung der Anzahl an Blockstellen ein Thema gewesen sei.

¹ European Train Control System

Herr Polzin erläutert, dass es sehr lange Vorlaufzeiten für die Realisierung von elektronischen Stellwerken gebe. Beispielsweise in Osterholz habe man sieben bis acht Jahre Vorlaufzeit bis zur Realisierung.

Der Ausbau der EVB- Strecke sei schon erfolgt, es gehe jetzt um bessere Signalisierung und um Elektrifizierung. Man versuche, gemeinsam mit Niedersachsen die Finanzierung dafür sicher zu stellen. Als nichtbundeseigene Eisenbahn falle diese Strecke formal aus dem Bundesverkehrswegeplan. Der Bund erkenne aber an, dass sie einen ganz wichtigen Beitrag im Seehafenhinterlandverkehr leiste.

Herr Pohlmann geht davon aus, dass die Deputation frühzeitig unterrichtet wird, wenn für Bremen und seine Stadtteile wichtige Schritte und Umsetzungen anstehen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12b)	Umsetzung und Finanzierung des 1. und 2. Wohnraumförderungsprogramms im Bündnis für Wohnen - 73-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Frau Gerken berichtet über die Ergebnisse der Förderprogramme.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet vom sechsten Treffen des Bündnisses für Wohnen am 4.11.2015.

Herr Pohlmann regt an, im weiteren Prozess ein Wohnungsbau- Sofortprogramm aufzulegen. Dabei müsse das Fachwissen der Teilnehmer aus dem Bündnis für Wohnen genutzt werden.

Frau Bernhard weist darauf hin, dass der Großteil der Investoren aus dem Bereich Gewoba und StäWoG und Stiftungsbereich komme und die freie Wohnungswirtschaft weniger vertreten sei. Sie bittet um Erläuterung, wie sich die Zahl von rund 320 Wohnungen, für die bereits Fördermittel verplant seien, zusammensetze.

Frau Gerken erklärt, dass 20 % der Förderung aus dem Landesförderprogramm an Bremerhaven gehe, dies seien ca. 130 WE. 40 WE seien aus dem ersten Programm übernommen und rund 144 WE in Bremen beantragt. Genaue Zahlen könnten nicht genannt werden, weil dies von der Größe der Wohnungen abhängt.

Frau Bernhard betont, dass ihre Fraktion der Auffassung sei, dass die Kontingente nicht ausreichen würden und es insgesamt zu langsam mit dem Wohnungsbau vorangehe. Wenn es in dem Tempo weitergehe, dann würde das dritte Programm nicht vor 2017 notwendig werden.

Herr Senator Dr. Lohse führt aus, dass das erste Programm in knapp zwei Jahren vollständig vergeben gewesen sei. Das zweite Programm werde voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres erschöpft sein und dann werde man das dritte Programm auflegen. Dies werde so vorbereitet, dass es nahezu nahtlos weiter gehen könne. Deswegen werde dies im Zusammenhang mit den Haushaltsverhandlungen bereits thematisiert.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, zeitnah ein 3. Wohnraumförderungsprogramm vorzubereiten.*

Einstimmig

TOP 12c)	„Erlass einer Mietenbegrenzungs-Verordnung nach § 556 d Abs. 2 BGB“ - 73-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Janßen stellt fest, dass es in Bremen keinen Mietspiegel gebe. Er möchte daher wissen, wie von Seiten der Mieter eine Mietbegrenzung eingefordert werden könne und welche Informationsmöglichkeiten, welche Beratungsstruktur für Mieterinnen und Mietern vorhanden sei, um es ihnen überhaupt zu ermöglichen, auf eine ortsübliche Miete zuzugreifen und in Verhandlungen mit dem Vermieter zu treten.

Frau Gerken erklärt, dass es um das private Mietrecht gehe, wo staatliche Eingriffe oder Kontrollen nicht vorgesehen seien. Es sei für den Mieter schwierig, die örtliche Vergleichsmiete herauszufinden. Deshalb sei im Gesetz geregelt, dass der Mieter vom Vermieter schriftlich Auskunft über das Zustandekommen der vereinbarten Miete verlangen könne, auch nach dem Unterschreiben des Mietvertrages. Der Mieter könne im Zweifel rügen und ab dem Zeitpunkt der Rüge habe er im Erfolgsfall Anspruch auf Rückzahlung der überzahlten Miete.

Herr Senator Dr. Lohse ergänzt, dass mit den Mietervereinen eine bewährte Beratungsstruktur vorhanden sei. Ein Mietspiegel schaffe Transparenz und vereinfache. Aber in den meisten Städten, die einen Mietspiegel eingeführt hätten, habe dieser eine mietsteigernde Wirkung gehabt. Unter den rund 25 Städten um die 500.000 Einwohner sei Bremen die einzige Stadt ohne Mietspiegel, aber auch diejenige, mit den zweitniedrigsten Mieten.

Frau Neumeyer erklärt, dass gerade die Transparenz durch einen Mietspiegel in Bremen fehle. Sie entnehme der Vorlage, dass das Ressort inzwischen erkannt habe, dass man zu wenig gebaut habe. Dass die Gewoba, keinen nennenswerten Leerstand mehr habe, sei eine Aufforderung als städtisches Bauunternehmen stärker tätig zu werden.

Herr Pohlmann erinnert daran, dass die Frage eines Mietspiegels in einem intensiven Prozess unter Einbeziehung bundesweiter Experten erörtert worden sei. Viele große Kommunen hätten die Erfahrung gemacht, dass mit der Einführung eines Mietspiegels ein gegenteiliger Effekt erzielt werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

NACH-TRAG TOP 12d)	„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen“ „Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Ortsgesetzes über den Umweltbetrieb Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen (BremUmBOG)“ -16-	BdV schriftlich	L/S
-----------------------	--	--------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Senatsvorlage und den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen (Land) zur Kenntnis.

Einstimmig

TOP 13	Verschiedenes	
TOP 13a)	Sachstandsbericht zur Erarbeitung eines Wärmeatlas	

Auf die Frage von **Frau Dr. Schierenbeck** berichtet **Frau Kamp**, dass die Gespräche mit den Verantwortlichen bei der wesernetz aufgenommen wurden und im Januar ein weiteres Gespräch anstehe. Ein Sachstandsbericht könnte im März 2016 abgegeben werden. Im Beirat wesernetz seien sowohl Bremerhavener als auch Bremer Vertreterinnen und Vertreter entsandt. Insofern werde versucht, wie im zugrundeliegenden Bürgerschaftsantrag vorgesehen, beide Kommunen in die Bearbeitung einzubeziehen.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Sachstand zum Wärmeatlas	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Dr. Schierenbeck	Geplant am 10.03.20156
---------------------------------	---	-------------------------------

Herr Pohlmann schließt die 4. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll